Talking Points zum Thema „Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 16 Jahren“

1. Es ist nicht genau festgelegt, was verboten werden soll

Als „soziale Medien“ wird eine große Vielfalt an digitalen Angeboten bezeichnet, u.a. soziale Netzwerke, Foto- und Videoplattformen, Foren, Blogs, Wikis und Messenger. Bislang ist nicht genau festgelegt, welche Angebote verboten werden sollen. Somit ist auch nicht klar, welche Auswirkungen ein Verbot hätte und inwiefern es in den Alltag von Jugendlichen eingreifen würde.

2. Verbote bieten keinen nachhaltigen Schutz

Ein pauschales Social-Media-Verbot für Jugendliche verlagert Risiken auf andere digitale, mitunter weniger sichtbare und weniger kontrollierte Orte und verhindert, dass junge Menschen den Umgang mit Herausforderungen erlernen, denen sie dann mit 16 Jahren begegnen, wenn sie soziale Medien nutzen dürfen.

3. Plattformanbieter in die Verantwortung nehmen

Anbieter sollten verpflichtet werden, altersgerechte und sichere digitale Interaktionsräume zur unbeschwerten Mediennutzung zu schaffen – mit wirksamen Schutzmechanismen gegen Inhalts- und Kontakttrisiken. Dies ist wesentlich sinnvoller als Altersverifizierungen mit Ausweiskontrollen oder biometrischen Nachweisen, deren Übermittlung an große Tech-Konzerne erhebliche Datenschutzrisiken birgt.

4. Jugendliche in die Entwicklung von Regulierungsmaßnahmen einbeziehen

Statt isolierter Maßnahmen braucht es eine mehrdimensionale Strategie: Schutz, Befähigung und Teilhabe müssen zusammengedacht werden – unter Einbeziehung der Perspektiven junger Menschen und unter Berücksichtigung ihrer Rechte im digitalen Raum. Regulierung funktioniert dann am besten, wenn Jugendliche die Regeln mitentwickeln, denn dann können sie sie besser nachvollziehen und akzeptieren sie auch eher.

5. Der beste Jugendschutz liegt in der Befähigung zum Selbstschutz

Ein zielführenderer, aber für die Erwachsenen aufwendigerer Ansatz liegt in der gezielten Förderung von Medienkompetenz. Kinder und Jugendliche müssen lernen, soziale Medien sicher, verantwortungsvoll, kritisch und kreativ zu nutzen – durch schulische und außerschulische Bildungsangebote wie auch die elterliche Erziehung. Jugendschutz funktioniert am besten über Befähigung zum Selbstschutz mittels Aufklärung und Präventionsarbeit.

6. Mit einem Verbot stecken sich Erwachsene aus der Verantwortung

Mit einem Verbot ist zu befürchten, dass das Thema Social Media beiseitegeschoben und aus dem pädagogischen Sichtfeld verbannt wird. Erwachsene übertragen die Verantwortung auf die Kinder und Jugendlichen, und diese werden die Erwachsenen bei Problemen im digitalen Raum nicht ansprechen, weil sie Angst vor Strafen haben. Gerade auch diejenigen Jugendlichen, die keine Eltern oder Erziehungsberechtigten haben, die in der Lage oder willens sind, sich zu kümmern und die Mediennutzung erzieherisch zu begleiten, stehen dann allein da. Stattdessen sollten Erwachsene ihre Vorbildfunktion sowie ihre Rolle als Medienerzieher:innen ernst nehmen. Junge Menschen brauchen nicht nur Schutz, sondern glaubwürdige Vorbilder und echte Begleitung im Netz.

7. Teilhabe in digitalen Räumen ist ein Kinderrecht

Soziale Medien sind zentrale Räume für soziale, kulturelle und politische Teilhabe junger Menschen. Ein Verbot würde sie aus wichtigen Lebens- und Lernwelten ausschließen und ihre Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung, Kommunikation, Unterhaltung und gesellschaftlichen Mitwirkung unverhältnismäßig einschränken.